

## **Anhörung des Betroffenen**

In einem Bußgeldverfahren ist vor Erlass eines Bußgeldbescheides dem Betroffenen Gelegenheit zu geben, sich zu den ihm zur Last gelegten Verstoß zu äußern.

Der Betroffene kann hierbei mündliche oder schriftliche Angaben machen. Mit der üblichen Versendung eines Anhörbogens wird dem Betroffenen die Möglichkeit einer schriftlichen Äußerung gegeben.

Durch wen die Anhörung erfolgt (Zentrale Bußgeldstelle oder Polizeibeamte vor Ort) ist nicht von Bedeutung.

Erfolgt die Anhörung, so wird der Betroffene darauf hingewiesen, **welche Tat ihm zur Last gelegt wird.**

**Der Betroffene ist nicht verpflichtet, zur Sache auszusagen.** Darauf wird er sowohl von der Zentralen Bußgeldstelle als auch von den Polizeibeamten hingewiesen.

**Dagegen ist der Betroffene aber verpflichtet, seine Personalien anzugeben.** (Verweigert der Betroffene die Angabe, oder macht unrichtige Angaben, so kann er dadurch eine Ordnungswidrigkeit nach § 111 OWiG begehen).